

begrenzten Umfang mäßigend auf die Forderungen der saarländischen Parteiführer in Genf ein, da Stresemann die Verteidigung der saarländischen Belange im Zusammenhang mit der Gesamtsituation sah und den Parteiführern gegenüber immer wieder betonte, daß die Saarfrage im Zuge einer Gesamtlösung der außenpolitischen Probleme Deutschlands zu suchen sei<sup>14</sup>. Die saarländischen Parteien sollten in enger Fühlungnahme mit dem Auswärtigen Amt und der deutschen Reichsregierung stehen, ihre Tätigkeit sollte aber nicht nur unterstützt, sondern auch in Einklang mit der offiziellen deutschen Außenpolitik gebracht werden. So trat die Situation ein, daß nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund dieses von sich aus keine einzige Beschwerde über die Saar vor den Rat brachte. Beschwerden und Petitionen der Saarbevölkerung gingen bis 1933 nur noch in wenigen Fällen nach Genf<sup>15</sup>.

Mit der Verlagerung des Schwerpunkts der politischen Tätigkeit auf Verhandlungen mit den deutschen Vertretern und mit Berlin traten die Probleme eines weiteren demokratischen Ausbaues des Saarsystems zurück, und man stellte sich in steigendem Maße auf die Rückgliederung ein. Wenn alle Parteien in dieser Zielsetzung auch übereinstimmten, so differierten ihr Verhältnis zur deutschen Außenpolitik und ihre auf die Rückgliederung zielende Politik doch voneinander.

Die Sozialdemokratische Partei der Saar betonte immer wieder in den folgenden Jahren die Notwendigkeit der deutsch-französischen Verständigung und sah Hemmnisse in einem Fortschritt dieser Politik in erster Linie vom Gesichtspunkt der deutschen und internationalen Parteikonstellation her<sup>16</sup>. Zwischen den französischen und saarländischen Sozialisten wurde ein gutes Verhältnis gepflegt; in der sozialdemokratischen Presse wurde immer wieder auf Verständnis und Unterstützung durch die französischen Sozialisten hingewiesen<sup>17</sup>. Die sozialdemokratischen Vertreter wurden im Landesrat Initiatoren von Sympathieadressen an internationale sozialistische Verständigungspolitiker wie Branting und Vandervelde<sup>18</sup>. Die Bejahung der Politik der Verständigung führte bei dieser engen Verbindung mit dem Parteistandpunkt aber auch zu einem doktrinären Idealismus, der reale Schwierigkeiten und Möglichkeiten weniger untersuchte, als rasch mit mangelndem Internationalismus und mangelnder europäischer Gesinnung erklärte.

<sup>14</sup> Dazu Besprechung Stresemanns mit den saarländischen Parteivertretern am 5. April 1927, A. A. II Bes. Geb., Saargebiet, Pol. Parteien, Bd. 2 e. o. II SG 749 u. II SG 852 und S.L.Z. Nr. 250 v. 15. 9. 1927 „Das Saarproblem der Lösung näher“.

<sup>15</sup> Siehe Übersicht über die Denkschriften unten als Anlage 6, S. 347 ff.

<sup>16</sup> Z. B. Landesrat d. Saargeb., Sten. Ber. v. 11. 10. 1927, S. 204 f.; v. 31. 3. 1927, S. 8, u. v. 3. 5. 1928, S. 12 f.

<sup>17</sup> Vgl. dazu oben S. 184 f.

<sup>18</sup> Landesrat d. Saargeb., Sten. Ber. v. 7. 1. 1925: Auf Antrag Dr. Senders wurde dem schwedischen Ministerpräsidenten Branting anlässlich seiner Erkrankung ein Telegramm gesandt, in dem dieser „unentwegter Kämpfer für die Verständigung der Völker“ genannt wurde. A. a. O., Sten. Ber. v. 31. 3. 1927: Danktelegramm an den belgischen Sozialistenführer Vandervelde „für sein mannhaftes Eintreten für die unterdrückte Saarbevölkerung“. (Es handelte sich um die Ratsdebatte bei Schaffung des internationalen Bahnschutzes.)